



ROTER

BRIEF

SEPTEMBER 2020

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Bilder aus Moria haben uns sehr traurig und betroffen gemacht. Aber bereits vor den schrecklichen Bränden waren die Bedingungen in den griechischen Lagern unerträglich. Die EU darf - wenn wir unsere gemeinsamen europäischen Werte ernst nehmen - Griechenland nicht im Stich lassen. Gerade Deutschland kommt nach unserer Überzeugung eine besondere Verantwortung zu. Wir müssen auf europäischer Ebene für eine humanitäre Flüchtlingspolitik eintreten und zugleich Vorreiter sein und geflüchtete Menschen aus Griechenland aufnehmen. Wir dürfen uns aber gerade nicht hinter der Suche nach einer europäischen Einigung verstecken, sondern jetzt handeln und Verantwortung übernehmen.

Wir sind stolz darauf, dass Oldenburg dem Städtebündnis beigetreten ist und der Stadtrat mit breiter Mehrheit seine Aufnahmebereitschaft erklärt hat. Auch in Hannover setzen wir uns in unserer Fraktion und gegenüber der Landesregierung für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein.

Unser Innenminister Boris Pistorius setzt sich seit längerem mit großem Nachdruck für die Aufnahme von unbegleiteten

minderjährigen Flüchtlingen aus Griechenland ein. Ihm ist es gelungen, dass sich die Blockadehaltung des Bundesministers jedenfalls an dieser Stelle gelockert hat. Dass es auf der Bundesebene nun auch eine Verständigung gibt, weitere 1.500 Menschen aufzunehmen, ist eine gute Entscheidung, kann aus unserer Sicht aber nur ein erster Schritt sein.

Neben der Situation auf Lesbos beschäftigten wir uns in den letzten Wochen intensiv damit, die langfristige Finanzierung der European Medical School (EMS) zu erreichen. Näheres dazu werden wir Ihnen hoffentlich im kommenden Roten Brief berichten können.

Herzliche Grüße

IN DIESER AUSGABE

Digitale Lehre: Universität Oldenburg erhält Fördergelder vom Land Seite 9

Kulturetage erhält Förderung aus Corona-Sonderprogramm Kultur Seite 10

+++ HINWEIS LANDTAGSFAHRTEN +++

Aufgrund der aktuellen Situation können wir noch nicht sagen, wann wir wieder Landtagsfahrten anbieten werden. Wir freuen uns bereits jetzt schon, Sie wieder in Hannover begrüßen zu dürfen.



AUS DEM LANDTAG

AfD-Landtagsfraktion könnte Fraktionsstatus verlieren

Mit dem Austritt von drei Landtagsabgeordneten aus der AfD Landtagsfraktion würde die AfD ihren Fraktionsstatus verlieren. Dadurch würden sie elementare parlamentarische Grundrechte nicht mehr nutzen dürfen, die in der Geschäftsordnung des Landtages verankert sind. Zum Beispiel könnten die Abgeordneten keine Gesetzesentwürfe, Änderungs- und Entschließungsanträge, Große und dringliche Anfragen einbringen oder eine aktuelle Stunde zu einem Thema beantragen. Dies hätte auch Auswirkungen auf die Arbeit in den Ausschüssen, da fraktionslose Abgeordnete nur beratend sein können und somit keine Stimmberechtigung haben. Ebenfalls betroffen wären die zwei Posten im Präsidium des Niedersächsischen Landtages, die von zwei Abgeordneten der ehemaligen AfD-Fraktion noch besetzt sind. Darüber hinaus sind finanzielle Zuschüsse an den Fraktionsstatus gekoppelt. Dies betrifft zwar nicht die persönlichen Mitarbeiter*innen der Abgeordneten, aber die Fraktionsstellen, die insbesondere Pressearbeit und inhaltliche Arbeit betreffen. Diese Stellen würden ihre finanzielle Grundlage verlieren. Aktuell wird noch rechtlich geprüft, ob die Austritte der Abgeordneten satzungskonform stattgefunden haben.

Vorsichtige Öffnung des Besucherdienstes im Landtag

Seit dem 1. September 2020 ist es in einem sehr reduzierten Umfang wieder möglich, den Landtag auch als Gruppe zu besuchen. Einzelbesucherinnen und -besucher können bereits seit längerem Plenarsitzungen besuchen.

Anmeldungen nimmt der Besucherdienst des Niedersächsischen Landtags gern direkt entgegen. Die Bedingungen können auf den Seiten der Niedersächsischen Landesregierung nachgelesen werden (**Besucherhinweise**).

Unter bestimmten Voraussetzungen ist es möglich, Zuschüsse zu den durch den Landtagsbesuch entstandenen Fahrtkosten zu erhalten. Für Rückfragen zu Einzelbesuchen oder kleineren Gruppen steht der Besucherdienst des Landtags gern zur Verfügung.

Niedersächsischer Landtag

Referat für Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll

Hannah-Arendt-Platz 1

30159 Hannover

Tel: +49 (0)511 3030-2046 | +49 (0)511 3030-2054

E-Mail: besucherdienst@lt.niedersachsen.de





AUS DEM LANDTAG

Plenum vom 14. bis 16. September 2020

Aktuelle Coronalage in Niedersachsen

Mit der Regierungserklärung unter dem Titel „Aktuelle Coronalage in Niedersachsen“ schildert unser Ministerpräsident sehr deutlich, dass wir in Niedersachsen auf einem guten und stabilen Weg sind, jedoch bei weitem nicht die Corona-Pandemie überstanden haben. Einen Blick auf unsere Europäischen Nachbarländer zeigt deutlich, dass unser umsichtiges und konsequentes Handeln unser Gesundheitssystem stabil hält, um allen Betroffenen die bestmögliche Versorgung zukommen zu lassen. Die SPD-geführte Landesregierung hat in dieser schweren Krise unter Beweis gestellt, dass sie dieses Land ruhig durch die Krise führt.

Corona-Sonderausschuss

Politik trägt eine gemeinsame Verantwortung für ein kluges, vorsorgendes, Schaden verringerndes und Sicherheit gebendes Handeln in einer prinzipiell sehr schwierigen und unsicheren Situation. Der einzusetzende Sonderausschuss dient der Darstellung und Diskussion von Maßnahmen der Krisenbewältigung durch alle staatlichen Ebenen und vor allem der Formulierung von Schlussfolgerungen zur Bewältigung von zukünftigen Pandemien und vergleichbaren Ereignissen sowie der Fortschreibung eines Landes-Pandemieplans

"Niedersächsischer Weg" in Naturschutz-, Gewässerschutz- und Waldrecht

Es ist eine bundesweit einmalige Vereinbarung, die Landesregierung, Landvolk, Landwirtschaftskammer sowie Natur- und Umweltverbände getroffen haben: der „Niedersächsische Weg“. In der Plenarsitzung am 14.09.2020 wurden die Gesetzesänderungen zur Umsetzung des gemeinsamen Vorhabens für Natur- und Artenschutz erstmals beraten. Wir setzen damit die Übereinkünfte, die alle beteiligten Akteure

getroffen haben, in konkrete Gesetzesänderungen um. Die Vorbereitung zum Niedersächsischen Weg ist eine Premiumleistung von Umweltminister Olaf Lies sowie Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast und ein Leuchtturm von Niedersachsen in Richtung Berlin.

Besonders die Landwirte nehmen für den Niedersächsischen Weg Abstriche in Kauf. Doch dadurch, dass der Niedersächsische Weg im Dialog entstanden ist, wird auch für diese Einschnitte Akzeptanz geschaffen. Außerdem werden Ausgleichszahlungen auf den Weg gebracht.

Abschließende Beratung zum sexuellen Kindesmissbrauch

Sexuelle Gewalt und Missbrauch von Kindern ist kein Kavaliärsdelikt, kein Vergehen, und mit nichts zu entschuldigen. Wir müssen alles daransetzen, Kinder und Jugendliche besser als zuvor vor solchen Übergriffen zu schützen. Dahingehend ist die heutige Verabschiedung des Entschließungsantrages der Regierungsfractionen ein wichtiges Zeichen für mehr Opferschutz und ein klares Signal an alle potenziellen Täter.

Es braucht nicht nur eine Strafrechtsverschärfung, sondern allem voran auch eine Abschaffung der Verjährung beim Kindesmissbrauch – kein Täter darf sich jemals in Sicherheit wiegen, sondern muss sein Leben lang für seine Straftat belangt werden können. Hierfür ist auch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Sicherheits- und Justizbehörden unabdingbar. Es gilt die personelle und sachliche Ausstattung der Staatsanwaltschaften und Gerichte, welche die Verfolgung von Missbrauchsfällen von Kindern und Jugendliche forcieren, zu unterstützen und zu verbessern!

Nähere Informationen und weitere Themen des Plenums finden Sie auf den Seiten des **Niedersächsischen Landtags**.



AUS DEM LANDTAG

Umfassend überarbeitete Website des Landtags

Transparent, zugänglich und zukunftssicher - der überarbeitete Internetauftritt des Landtages:

Landtag Niedersachsen

Die umfangreiche Neugestaltung zeigt sich zum einen optisch. Die neue Website ist übersichtlich, intuitiv, auf allen Displays gleichermaßen komfortabel zu nutzen und spart nicht an Bildern und Videos. Darüber hinaus sind viele Funktionen verbessert worden oder hinzugekommen: Parlamentsdokumente können leichter gefunden werden und der interaktive Kalender zeigt alle Sitzungstermine auf einen Blick. Mit der unkomplizierten Abgeordnetensuche können Sie Kontaktdaten, Lebensläufe und parlamentarische Funktionen der Abgeordneten schnell recherchieren.

Eine spezielle Seite für junge Interessierte sowie ein Angebot in leichter Sprache vervollständigen das neugestaltete Angebot.



Junger Landtag

Leichte Sprache

Den Livestream des aktuellen Plenums sowie die Beratungsthemen finden Sie hier:

Plenum/Ausschüsse/Gremien

Sie haben die Möglichkeit, nach einem speziellen Redebeitrag von Hanna Naber oder Ulf Prange zu suchen oder eine Debatte zu einem ganz bestimmten Thema nachzuverfolgen. Mit Plenar-TV finden Sie alle Redebeiträge der Plenarsitzungen ab dem Jahr 2014 als Video und haben die Möglichkeit, die Videosequenzen umfassend und komfortabel zu recherchieren. Das Videomaterial ist im Verlauf des Folgetages einer Sitzung abrufbar. Alle Videos sind nach Tagesordnungspunkten untergliedert. Zu jeder Filmsequenz werden die Namen der Rednerinnen und Redner mit dem Link zu deren Biografien und Kontaktdaten bereitgestellt. Neben dem Abspielen ist das Herunterladen beliebiger Videoausschnitte möglich. Auch können Videos verlinkt oder per iFrame eingebunden werden. Bitte beachten Sie die Nutzungsbedingungen.





AUS OLDENBURG

Hanna Naber wird kommissarische Generalsekretärin



Der Landesvorstand der niedersächsischen SPD hat Hanna Naber kommissarisch zur neuen Generalsekretärin ernannt. Grund ist, dass der für Oktober angesetzte Parteitag

auf das kommende Jahr verschoben wurde.

Stephan Weil bedankte sich bei Nabers Vorgänger, Alexander Saipa: „Ich bin Alexander Saipa für sein großes Engagement als Generalsekretär sehr dankbar“ und ergänzt zur neuen Generalsekretärin: „Mit Hanna Naber haben wir eine Generalsekretärin, die seit Jahrzehnten leidenschaftlich und engagiert für die SPD einsteht sowie in der Gesellschaft gut vernetzt ist. Ich freue mich auf die intensive Zusammenarbeit mit Hanna Naber.“

Hanna Naber bedankte sich beim Landesvorstand für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und freut sich auf die neue Aufgabe: „Die SPD ist DIE Volkspartei in Niedersachsen. Die Corona-Pandemie zeigt erneut, wie wichtig eine starke Sozialdemokratie in Kommunen, Land und Bund ist. Wir verkörpern Arbeit und Umwelt, Gleichstellung und Soziales. Ich freue mich, an zentraler Stelle, Verantwortung für meine Partei zu übernehmen und werde meinen Beitrag dazu leisten, dass die SPD ihrem Anspruch als Niedersachsenpartei gerecht wird.“

Minister Tonne zu Besuch in Oldenburg

Die Oberschule Eversten darf sich seit dem 3. September für die kommenden fünf Jahre „Europaschule in Niedersachsen“ nennen. Kultusminister Grant Hendrik Tonne hat die entsprechende Zertifizierung im Beisein von Ulf Prange an die Schule überreicht.

Die Europaschulen haben das Ziel, Kenntnisse über Europa und europäische Institutionen zu fördern und machen es sich zur Aufgabe, ein fächerübergreifendes „Europa-Curriculum“ zu entwickeln und umzusetzen, auch die Mehrsprachigkeit und die Förderung des Fremdsprachenprofils sind wichtige Bausteine der Europaschulen. „Ich freue mich darüber, dass sich die Oberschule Eversten neben vielen anderen Schulen in Niedersachsen für Europa engagiert.“ so Ulf Prange.

Mit der Verleihung der Zusatzbezeichnung „Europaschule in Niedersachsen“ wird das besondere Engagement der Schulen zur Förderung des Europagedankens gewürdigt.





AUS OLDENBURG

Kleine Eröffnungsfeier im Verein Jugendkulturarbeit

Der Verein Jugendkulturarbeit eröffnete am 18. September die sanierten Räumlichkeiten der „Weißen Rose 1“. Zu Gast waren neben Hanna Naber und Ulf Prange auch Oberbürgermeister Jürgen Krogmann und der Minister für Wissenschaft und Kultur Björn Thümler.

Die Räume wurden seit Anfang 2019 mit großer Unterstützung der Stadt Oldenburg und des Landes Niedersachsen saniert, die Eröffnungsfeier war jedoch coronabedingt verschoben worden. Kulturelle Darbietungen unterschiedlicher Gruppen der Jugendkulturarbeit ergänzten das Programm.



Gesprächskreis Integration der VHS Delmenhorst



Am Donnerstag, den 10.9.2020, traf sich Hanna Naber als stellvertretendes Mitglied der „Niedersächsischen Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe“ mit dem Gesprächskreis Integration der Volkshochschule Delmenhorst. Begleitet wurde sie von Deniz Kurku, dem Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen gegen Rechtsextremismus.

Naber stellte die Aufgaben und aktuellen Themen der Kommission vor. Aus der anschließenden Diskussion nahmen die Landtagsabgeordneten vielfältige Anregungen und Ideen auf und bedankten sich herzlich für den ergiebigen Dialog.



FÜR OLDENBURG

600.000 Euro für Forschungsk Kooperationen zwischen Oldenburg und Israel

Im Rahmen des Förderprogramms „Forschungsk Kooperationen Niedersachsen – Israel“ fördern das MWK und die VolkswagenStiftung in diesem Jahr 13 Forschungsprojekte in den Naturwissenschaften, der Mathematik und den Ingenieurwissenschaften. Die Mittel stammen aus dem Niedersächsischen Vorab der VolkswagenStiftung.

Eines der beiden jeweils mit 300.000 Euro geförderten Projekte mit Oldenburger Beteiligung beschäftigt sich mit der Quantifizierung der globalen ozeanischen Emissionen des häufigsten und langlebigsten atmosphärischen Schwefelgases und hat hohe Relevanz für bedeutende Aspekte im Klimasystem. Hierbei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt mit der mit der Hebrew University of Jerusalem. Beim zweiten Projekt arbeiten die Oldenburger Forscher*innen mit Kolleg*innen aus dem Weizmann Institute of Science in Rehovot zusammen an der Weiterentwicklung elektronischer Halbleiter.

„Die vorliegende Landesförderung ist eine gute Nachricht für den Wissenschaftsstandort Oldenburg und ein großartiges Beispiel dafür, wie durch internationale Zusammenarbeit komplexe Fragestellungen vorangetrieben werden können“, freuen sich die beiden Oldenburger SPD-Landtagsabgeordneten Hanna Naber und Ulf Prange.

Hintergrund:

Das Land Niedersachsen und die VolkswagenStiftung fördern den wissenschaftlichen Austausch zwischen

niedersächsischen und israelischen Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen bereits seit 1977. Insgesamt wurden seit den Anfängen mehr als 430 wissenschaftliche Projekte mit zusammen rund 62,8 Millionen Euro gefördert. Ziel des Programms ist es, vor allem junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus beiden Ländern zur Zusammenarbeit zu ermuntern. Das Programm ist in die drei Fachgruppen „Geistes- und Sozialwissenschaften“, „Bio- und Lebenswissenschaften, Medizin“ sowie „Naturwissenschaften, Mathematik, Ingenieurwissenschaften“ aufgeteilt, die im jährlichen Wechsel gefördert werden. Die geförderten Projekte haben eine Laufzeit von bis zu drei Jahren.





FÜR OLDENBURG

Land vergibt Studienstipendien in Höhe von einer Million Euro

Niedersachsen stärkt auch in diesem Jahr die Bildungschancen besonders begabter und engagierter junger Menschen mit schwierigen Startbedingungen. Für das „Landesstipendium Niedersachsen“ steht den Hochschulen im Wintersemester 2020/21 eine Million Euro zur Verfügung.

Die Mittel für das Landesstipendium erhalten sowohl Staatliche Hochschulen als auch staatlich anerkannte private Hochschulen in Niedersachsen. In der Regel vergeben sie Stipendien in Höhe von jeweils einmalig 500 Euro, in Einzelfällen können die Fördersummen auch höher liegen. Die Hochschulen verantworten die Auswahlverfahren in eigener Regie.



1,56 Millionen Euro für Oldenburger Schulen

Hanna Naber, Ulf Prange und der Bundestagsabgeordnete für die Stadt Oldenburg und das Ammerland Dennis Rohde sind erfreut darüber, dass die Stadt Oldenburg, die Freie Waldorfschule sowie das Diakonische Werk in Oldenburg aus dem



„Sofortausstattungsprogramm“ des Bundes und der Länder insgesamt 1,56 Mio. Euro für schulgebundene mobile Endgeräte erhalten.

„Mit den Mitteln wird die digitale Ausstattung unserer Schulen vorangebracht. Dies ist ein wichtiger Beitrag zum Erwerb von Medienkompetenz und zur digitalen Teilhabe“, zeigt sich Ulf Prange optimistisch. „Dies kommt vor allem sozial benachteiligten Familien zugute“, ergänzt Hanna Naber.

„Die Covid-19-Pandemie hat nochmal aufgezeigt, wie wichtig die flächendeckende Digitalisierung besonders an Schulen ist. Das Programm kommt den Schülerinnen und Schülern sowie den Schulen zugute und ist eine Unterstützung für das deutsche Bildungssystem“, so Rohde.



FÜR OLDENBURG

Digitale Lehre: Universität Oldenburg erhält Fördergelder vom Land

Die Universität Oldenburg kann in zwei Tandemprojekten erfolgreich Fördergelder für den Ausbau der digitalen Lehre in Anspruch nehmen. Jeweils 180.000 Euro erhält die Universität in Kooperation mit der Hochschule Osnabrück und mit der Universität Vechta. Die Gelder dienen zur Entwicklung und Verbreitung von freien Lehr- und Lernmaterialien, sogenannten OER (Open Educational Resources). Damit unterstützt Niedersachsen die Hochschulen beim Ausbau der digitalen Lehre. Das Gesamtvolumen der Förderung beträgt 1,25 Millionen Euro.

Ulf Prange zeigt sich erfreut: „Die Hochschulen wurden mit umfassenden Veränderungen durch die Pandemie konfrontiert. Jede Unterstützung der digitalen Lehre ist deshalb wünschenswert.“

Hanna Naber ergänzt: „Die Pandemie hat die Hochschulen dazu gezwungen, Lehre neu zu denken. Besonders innovative und nachhaltige Angebote gilt es daher unbedingt zu unterstützen.“

Ob Videos, Podcasts, Skripte oder Kursmaterialien – sogenannte Open Educational Resources (OER) sind Bildungsmaterialien jeglicher Art und in jedem Medium, die unter einer offenen Lizenz veröffentlicht werden. Sie können geteilt, verändert, nachgenutzt, an spezifische Lehr- und Lernkontexte angepasst und gemeinschaftlich weiterentwickelt werden, sodass sie den Zugang zu qualitativ hochwertigen Bildungsmaterialien sowie offenem Lernen und digitalen Lehrangeboten wesentlich erleichtern.

Für den landesweiten Austausch dieser virtuellen Lehrmaterialien im Hochschulbereich ist das OER-Portal Niedersachsen (<https://www.oernds.de>) verantwortlich.

Hintergrund:

Das Förderprogramm versteht sich als Impulsgeber. Es umfasst die Anschubfinanzierung für die Entwicklung von freien Lehr- und Lernmaterialien, die einen Multiplikatoreneffekt haben und zu einer Vernetzung im Bereich OER-basierter Lehre führen. Die Materialien sollten künftig Teil des Lehrangebots der Hochschulen und ständig weiterentwickelt werden. Anträge können von Lehr-Tandems gestellt werden, die aus jeweils zwei hauptamtlich selbständig Lehrenden des gleichen Faches von zwei unterschiedlichen niedersächsischen Hochschulen in staatlicher Verantwortung bestehen.





FÜR OLDENBURG

Kulturetage erhält Förderung aus Corona-Sonderprogramm Kultur

Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur hat kürzlich ein Sonderprogramm für gemeinnützige Kultureinrichtungen aufgelegt. Ziel ist es, Kultureinrichtungen in der Corona-Krise zu unterstützen und den Bestand der Einrichtungen zu sichern.

Hanna Naber und Ulf Prange sind erfreut darüber, dass die Oldenburger Kulturetage eine Förderung in Höhe von 8.490 EUR aus dem Sonderprogramm des Landes erhält. „Die Kulturetage ist ein wichtiger Impulsgeber für die Oldenburger Kulturszene. Die Förderung hilft der Einrichtung in dieser gerade für die Kultur so schwierigen Zeit.“ zeigt sich Prange optimistisch über die Nachricht aus Hannover, mahnt aber zugleich an, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind, um das breite und bunte Kulturangebot in Stadt und Region auch für die Zeit nach der Corona-Pandemie zu erhalten.



Akademische Hebammenausbildung startet am Standort Oldenburg

Die akademische Hebammenausbildung in Niedersachsen startet im Wintersemester 2020/21. Angeboten werden zwei grundständige Bachelorstudiengänge „Hebammenwissenschaft“, einer an der Jade Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth in Zusammenarbeit mit der Universität Oldenburg am Standort Oldenburg, einer am Standort Göttingen. Die Hochschule Osnabrück und die Medizinische Hochschule Hannover werden mit ihren Angeboten zum Wintersemester 2021/22 folgen.

„Wir benötigen in Niedersachsen eine qualifizierte Hebammenausbildung. In Oldenburg und Göttingen können nun die ersten Studierenden starten und ich wünsche ihnen dabei viel Erfolg“ so Hanna Naber. „Eine besondere Errungenschaft ist die Ausbildungsvergütung, die möglichst vielen motivierten jungen Leuten das Studium erleichtern soll. Dabei soll die Fachexpertise der Hebammenschulen genutzt werden.“ erklärt dazu Ulf Prange.

Ziel der Landesregierung ist es, insgesamt etwa 140 zusätzliche Studienanfängerplätze an vier Standorten im Land zu schaffen. Bislang haben pro Jahr ca. 100 Hebammschülerinnen und Entbindungspfleger ihre Ausbildung in Niedersachsen begonnen. Es werden also künftig mehr Studienplätze für den akademischen Ausbildungsweg zur Verfügung stehen, als derzeit Berufsfachschulplätze vorhanden sind. So kann die hohe Nachfrage nach Hebammen vor allem in der Geburtshilfe gedeckt und der akademische Nachwuchs in diesem Bereich sichergestellt werden. Die Hebammenausbildung wird deutschlandweit auf ein akademisches Studium umgestellt. Bundestag und Bundesrat hatten die Umsetzung einer entsprechenden EU-Richtlinie im Januar 2020 beschlossen. Die akademisierte Ausbildung findet in einem siebensemestrigen Studium statt, das mit einem Bachelorabschluss und der staatlichen Anerkennung als Hebamme endet.

WIR SIND FÜR SIE DA!



facebook.com/
MdLPrange
hannanaberspd



instagram.com/
prangemdl
hanna_naber

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Bürogemeinschaft Naber & Prange

Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-13 / 0441 361175-12

E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de
wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Redaktionsschluss: 23. September 2020

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
(ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Alina Finke,
Theis Hellmann, Greta
Kyriakidou-Schoolmann &
Oliver Schwichtenberg